

Gespräch mit Gesine Schwan
Zusammenführen

Die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan war von 1999 bis September 2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. 2004 kandidierte sie erstmals für das Amt des Bundespräsidenten. 2009 tritt sie erneut an. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Erstmals gibt es eine Art Wahlkampf um das Bundespräsidentenamt. Bedeutet dies auch eine Chance für das Amt und wird es dadurch vielleicht verändert?

Gesine Schwan: Jedenfalls haben das Amt und sein politisches Potenzial eine größere Aufmerksamkeit erhalten. Es wird verstärkt darüber diskutiert, was man als Bundespräsident oder Bundespräsidentin erreichen kann, wie man auf das öffentliche Gespräch einzuwirken vermag. Schon das stärkt die Aufmerksamkeit für das Amt und seine Bedeutung. Viele sehen in ihm ja nur ein Werkzeug, um kommende Koalitionen oder politische Großkonstellationen zu schmieden oder zumindest vorherzusagen. Was man dabei unterschätzt, ist, dass die politische Kultur eines Landes, und das ist meines Erachtens der Bereich, in dem die eigentliche Aufgabe eines Bundespräsidenten oder einer Bundespräsidentin liegt, ein zentraler Machtfaktor ist. Nicht in dem Sinne, dass man Macht *gegen* jemanden oder eine bestimmte Gruppe ausübt, sondern im Sinne Hannah Arendts als Mittel des Zusammenführens für gemeinsame politische Ziele. Die Person im Bundespräsidentenamt kann durch ihre Amtsführung die Grundlagen für die Demokratie und Voraussetzungen für solide, gedeihliche und gemeinwohlorientierte politische Entscheidungen entwickeln. Allein dies ins Bewusstsein zu rufen, ist ungemein wichtig. Vor diesem Hintergrund habe ich den Eindruck, dass der momentane Wettbewerb dem Amt gut tut.

NG/FH: Das Amt des Bundespräsidenten ist im Gegensatz zur verbreiteten Auffassung zwar nicht unpolitisch, aber von ihm geht auch keine Politikerpolitik im üblichen Sinne aus. Worin besteht denn das spezifisch Politische des Präsidialamtes?

Schwan: Die Einflussmöglichkeiten des Amtes bestehen nicht in Einzelentscheidungen oder Stellungnahmen zur Tagespolitik, sondern darin, Weichen zu stellen, indem Themen so in die öffentliche Diskussion gebracht werden, dass sie im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt werden. Man kann also durchaus Politik im Sinne der Gemeinwohl- und Zukunftsorientierung betreiben, vor allem in Bereichen, die in der Kürze von Legislaturperioden nicht erledigt werden können. Aber diese Art der Einflussnahme muss sich immer rechtfertigen – vor dem demokratischen System und dem Grundgesetz. Sie kann sich dabei nicht auf Einzel- oder Parteiinteressen berufen.

NG/FH: Wie würden Sie die spezifische Wechselwirkung zwischen der Neutralität einerseits, die dieses Amt verlangt, und der politischen Wirksamkeit andererseits, die von ihm ausgehen soll, beschreiben?

Schwan: Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben das Amt als eine Art *pouvoir neutre* konzipiert, die über den Parteien und den täglichen politischen Auseinandersetzungen steht. Während sonst der Meinungsstreit regiert, besteht die Aufgabe des Amtes eher im Zusammen-

führen, im Fortentwickeln des Grundkonsenses.

Im Grunde stärkt die institutionelle Überparteilichkeit die Autorität und daher die Wirksamkeit des Amtes. Denn wir wissen ja aus Umfragen, dass die Gesellschaft umso mehr Vertrauen in die Institutionen und handelnden Personen setzt, je mehr sie nicht Einzelparteien oder Partikularinteressen zugeordnet werden.

Das führt zum Beispiel dazu, dass die Inhaber des Bundespräsidentenamtes immer hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung erzielen, genauso wie Gerichte und neuerdings auch die Polizei, also alle diejenigen Institutionen oder Personen, die als überparteilich gelten. Die Vertrauensbasis des Amtes kann der Amtsinhaber als Person zwar verspielen, aber zunächst besteht die Chance, als jemand akzeptiert zu werden, der nicht von vornherein Partikularinteressen zugeordnet werden kann.

NG/FH: Politik bedeutet für die Bürger heute meistens unüberschaubare, kaum zu verstehende Prozesse. Liegt also vielleicht die Möglichkeit des Amtes, Vertrauen zu stiften, auch schon darin begründet, dass die Demokratie und die Republik in ihm sichtbar werden?

Schwan: Das Amt bietet die Chance, das, was diese Demokratie ihrer normativen Anlage nach will und soll, anschaulich, fühlbar und sinnlich wahrnehmbar zu machen. Deswegen sind symbolische Akte auch nicht oberflächliche Ersatzhandlungen, sondern wichtige Beiträge zur Demokratie.

Ich denke aber, dies würde umso mehr gelten, je mehr der Amtsinhaber oder die Amtsinhaberin es schafft, die politischen Prozesse des Alltagsgeschäftes durchsichtig, verstehbar und nachvollziehbar zu machen. Dann bietet er der Gesellschaft nämlich die Chance, sich ein besseres eigenes Urteil zu bilden.

NG/FH: Geht es also bei der Wahl primär um die Haltung der künftigen Amtsinhaberin bzw. des künftigen Amtsinhabers oder mehr um die Themen, die die Debatten beherrschen?

Schwan: Ich glaube, es geht um beides, denn die Haltung führt dazu, dass bestimmte Themen eher profiliert werden und andere nicht. M. E. wären die Haltung und damit auch die Themen dann am besten dem Amt angemessen, wenn sie sich nicht auf *ein* Feld spezialisierten, sondern in Rechnung stellen, dass Politik, die Polis, das Umfassende ist und somit verschiedene Aspekte von der Ökonomie über die sozialen Verhältnisse, die mentalen Einstellungen, das Regierungssystem usw. eines Gemeinwesens einbeziehen muss. Politikwissenschaft, die Aristoteles als Königswissenschaft bezeichnet, ist dadurch charakterisiert, dass sie eben nicht nur *ein* Feld des Lebens abdeckt, und deswegen ist es dem Amt angemessen, dass der Inhaber sich nicht nur auf ein Thema spezialisiert.

NG/FH: Viele sind der Meinung, die Demokratie hierzulande und auch in anderen entwickelten Ländern sei in der Krise. Welche Themen müssten diskutiert werden, welche Handlungen wären notwendig, um die Menschen und die Politik wieder ein bisschen mehr zusammenzuführen, Vertrauen zu begründen, neugieriges Interesse an der Politik zu wecken und den Bürgern zu zeigen, es geht um *sie* bei dem ganzen politischen Treiben?

Schwan: Die Verbindung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit ist seit Jahrhunderten die entscheidende Frage. Alle Gesellschaftsverträge, die die Grundlage für politische Gemeinwesen seit dem 17. Jahrhundert formuliert haben, versuchen – idealtypisch – Freiheit und Sicherheit für die Bürger als *das* Gut zu beschreiben, das sie gemeinsam eher erreichen, als wenn jeder für sich bliebe. In der Gegenwart ist

das Thema Gerechtigkeit ganz besonders wichtig, weil es zwar theoretisch schwer zu definieren ist – sowohl die materiale, als auch die Verfahrensdefinition sind schwierig; zugleich empfinden viele Menschen aber starke Ungerechtigkeiten. Also spielt das Thema eine große Rolle, kann vielleicht daher auch *ex negativo* eher theoretisch erfasst werden. Ich habe vor allem den Eindruck, dass heutzutage viele Menschen eine Entkoppelung von Leistung und Lebenschancen empfinden, und darin besteht eine erhebliche Gefahr für unsere Gesellschaft. Aber darüber hinaus scheint es mir besonders wichtig zu sein, die Unterstützung der Demokratie, den Glauben an sie, dadurch wieder herzustellen, dass die Menschen selbst aktiv teilhaben. Dabei denke ich weniger an die traditionellen Mittel der Bürgerbeteiligung wie Plebiszite und Umfragen. Diese haben sicherlich eine mobilisierende Wirkung, vor allem

auch für die öffentliche Diskussion. Ich denke mehr an den großen Bereich der Mitbestimmung in der Wirtschaft und vor allem der Bürgerinitiativen, der organisierten Zivilgesellschaft, soweit dieser transparent ist und sich nicht Partikularinteressen verschreibt. In der Kommune, im Schulwesen, im Umweltschutz oder im Gesundheitsbereich gibt es für die Bürger die Chance, sich ganz konkret an der Ausgestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen. Ich meine damit nicht, dass der Staat sich nicht mehr kümmern sollte und statt dessen nun alles den Bürgern überlassen muss, sondern ich denke aus der Perspektive der Bürger. Die Menschen sind dann am ehesten bereit, sich mit einer Sache zu identifizieren, wenn sie sich selbst tätig eingebracht haben.

NG/FH: Was kann eine Bundespräsidentin dazu beitragen, dass die Triade aus Bür-

gern, Politik und Präsident, die Sie beschrieben haben, wieder zusammenkommt?

Schwan: Hinsichtlich der Gerechtigkeit könnte ich als Bundespräsidentin auf solche tieferliegenden Probleme, wie zum Beispiel die Diskrepanz zwischen Leistung und Lebenschancen und die Verteilung von Bildungsmöglichkeiten, sehr deutlich mit symbolischen Akten hinweisen. Hinsichtlich der Stärkung von Bürgerinitiativen ist mir aufgefallen, dass ich in den letzten vier Jahren fast täglich von Personen, die ich nicht kenne, angesprochen oder ange-

Gestaltungsfähigkeit unter der Maßgabe, dass der Nationalstaat nur noch begrenzte Möglichkeit hat, retten und umsetzen können. Wir müssen auch darüber reden, welche Akteure dafür in Frage kommen und wie die Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft zusammenarbeiten könnten. Im Rahmen der sehr wichtigen Diskussion über die Armut in Afrika z.B. müssen wir die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass diese Armut zu großen Teilen Ergebnis einer schlechten *governance* vor Ort ist. Dafür sind auch Afrikaner verantwortlich. Aber es wird auch eine schlechte *governance* aus

» Ich glaube, dass eine Stärkung des Selbstwertgefühls ohnehin eine entscheidende Komponente von politischer Kultur und Demokratie ist. «

schrieben worden bin. Sie wollen mich als Unterstützerin für ihre zivilgesellschaftlichen Projekte gewinnen und erhoffen sich durch meine Hilfe die Überwindung von Barrieren finanzieller Art, aber auch eine höhere Akzeptanz für ihr Anliegen. Offenbar fühlen sich viele Menschen durch das, was ich sage, bestärkt, an sich selbst zu glauben und selbst tätig zu werden.

Ich glaube, dass die Stärkung des Selbstwertgefühls der Bürger eine entscheidende Komponente von politischer Kultur und Demokratie ist.

NG/FH: Haben Sie abgesehen von den großen Themen Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit den Eindruck, dass spezielle Fragestellungen vernachlässigt werden?

Schwan: Ich glaube, dass vor allen Dingen das, was in der Wissenschaft unter dem Begriff *governance* subsummiert wird, viel mehr öffentlich diskutiert werden müsste. Dazu gehört auch das Misstrauen gegenüber der Demokratie, dass nationalstaatliche Politik sehr vieles nicht mehr entscheiden kann, weil die ökonomische Globalisierung ihre Wirksamkeit sehr einschränkt. Wir müssen also darüber nachdenken, wie wir demokratische Politik und

dem Ausland oktroyiert, z.B. durch Geschäftspraktiken multinationaler Konzerne. Diese *governance*-Fragen sind aus meiner Sicht sowohl auf der globalen, als auch auf der kommunalen Ebene äußerst relevant.

Ein anderes wichtiges Thema ist Europa und seine Rolle in einer ökonomisch globalisierten Welt. Die traditionellen Ansichten und Vorurteile – der Frieden sei selbstverständlich, die Bürokratie in Brüssel nicht überschaubar, das Subsidiaritätsprinzip würde nicht bedacht – reichen nicht aus, um das Desinteresse und die Aversion gegen Europa zu erklären.

Wenn wir die Analogie zur Schaffung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert ziehen, dann hat diese über die Länderzugehörigkeiten z.B. zu Hessen, Preußen und Bayern hinweg, es geschafft, durch eine grundlegende soziale Absicherung die Loyalität der Menschen zu gewinnen. Die Europäische Union muss theoretisch und praktisch Wege finden, den Europäern die Sicherheit zu geben, dass sie in der Ökonomisierung nicht untergehen. Das bedeutet aber nicht, dass sich Europa abschotten sollte, sondern dass Strategien entwickelt werden müssen, die Globalisierung so zu gestalten, dass sie zu einer *Win-Win*-Situation für alle wird.

NG/FH: Worin liegen aus verfassungs- bzw. demokratiepolitischer Sicht die Schwierigkeiten, wenn *Die Linke* einer Präsidentschaftskandidatin der SPD die Stimmen gäbe? Ist das ein echtes Problem oder ist das nur taktisches Geplänkel?

Schwan: Darin steckt sicher auch ein hohes Maß an Taktik. Vor allem bei denjenigen, die dieses Thema zwar hochreden, aber gleichzeitig verschweigen, dass ihre eigene Partei sogar praktisch-politische Bündnisse mit der *Linken* eingeht.

Wichtig ist aber auch, dass es eine große Zahl von Menschen gibt, die der Meinung sind, dass *Die Linke* doch im Wesentlichen in Kontinuität zur SED steht und dadurch auch wiederum in Kontinuität zu denen, die Verantwortung tragen für Unrecht und Verbrechen in der DDR. Ich teile diese Analyse nicht und meine, dass eine solche nahtlose Kontinuität nicht gegeben ist. Gäbe es sie und würde es – wie etwa bei der NPD und der DVU – keinerlei Ansatz für eine echte demokratische Überzeugung und Politik geben, dann würde ich auch nicht um die Stimmen der *Linken* werben. Denn es wäre gefährlich, wenn man sich als Bundespräsidentin nennenswert von Gegnern unserer Grundwerte und Demokratie abhängig machte. Das ist aus meiner Sicht bei der *Linken* nicht der Fall. Entscheidend ist aber, dass sich der Bundespräsident bzw. die Bundespräsidentin anders als eine Regierungskoalition durch die Wahl nicht bindet. Diejenigen, die behaupten, dass man sich binden müsse, haben aus meiner Sicht entweder das System der Wahl nicht wirklich verstanden, oder sie trauen der Demokratie nicht mehr.

NG/FH: Ein kluger Sozialwissenschaftler hat vor kurzem die These aufgestellt, dass die Einbindung der *Linken*, gerade auch jetzt in diesem Wahlprozess, ein Stück zusätzlicher, tiefergehender, demokratischer Zivilisierung der *Linkspartei* sein könnte. Könnte aus diesem Prozess auch etwas

Weiterführendes für die politische Kultur im neuen Fünfparteiensystem hervorgehen?

Schwan: Ja, das eigentliche Ziel meiner Kandidatur ist es, eine rationale Diskussion darüber zu befördern. Niemand kann mich in irgendeiner Weise verdächtigen, dass ich eine Affinität zum Kommunismus habe. Die habe ich bis heute nicht, aus wohlbe-gründeten Überlegungen. Aber dass man die Punkte nennt, kritisiert und argumentativ angeht, die im Gegensatz zu unserem Grundgesetz und auch zu unserer politischen Kultur stehen, das ist meines Erachtens ein ganz wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie. Denn die Lösung, dass man *Die Linke* einfach ausblenden und tabuisieren solle, nimmt die Realität aus zweierlei Gründen nicht ernst:

Zum einen, weil es in einer Demokratie normal ist, dass sich Parteien bilden, wenn Wählerbedürfnisse danach bestehen. Die SPD hat hier – unter durchaus verständlichen Zwängen – in den letzten Jahren bei vielen den Eindruck erweckt, dass sie sich nicht mehr zureichend um Gerechtigkeit kümmere.

Der zweite Grund ist, dass diejenigen, die *Die Linke* tabuisieren und diskriminieren wollen, nicht verantwortungsethisch handeln, denn sie stärken um des Vorteils kurzer öffentlicher Empörung willen letztlich damit die Partei, die sie angeblich klein halten wollen. Wenn *Die Linke* wirklich der politische Gegner ist, dann sollte man alles daran legen, sie im politischen Wettbewerb zu schwächen. Sie aber durch eine Kalte-Kriegs-Rhetorik de facto zu stärken und dabei auch die Demokratiedefizite nicht anzugehen, ist das Falscheste, was man machen kann.

NG/FH: Bietet Ihr Politikansatz des argumentierenden Zusammenführens auch die Möglichkeit, in andere Parteien hineinzuwirken und bei der Präsidentschaftswahl von dort Zustimmung zu gewinnen?

Schwan: Ich habe immer wieder unterstrichen, dass ich – mit Ausnahme der extremen Rechten – um Stimmen aus *allen* Parteien werbe und mir dabei auch Chancen ausrechne: nicht nur aus der SPD, nicht nur von den *Grünen*, die sich immer wieder positiv geäußert haben, sondern auch aus den sogenannten bürgerlichen Parteien. Ich habe den Eindruck, dass gegenwärtig vieles im Fluss ist und dass zum Beispiel einsichtige und vorausschauende Unternehmer merken, wie wichtig es ist, sich redlich über wirtschaftsordnungspolitische Fragen zu verständigen. Auch das traue ich mir zu, denn es ist ein Gebiet, mit dem ich mich eingehend befasst habe. Es gibt in den ver-

schiedensten Lebensbereichen inzwischen sehr nachdenkliche Menschen, die gemerkt haben, dass ihre parteilichen oder partikularen Interessen nicht das Letzte sein dürfen und dass sie für das Gemeinwesen jemanden brauchen, der bereit ist, die Grundlagen – auch die ökonomischen, auch die sozialen – unserer Demokratie sorgfältig zu durchdenken und auch für sie einzutreten. Bis heute gibt es m. E. zum Markt keine Alternative. Ich glaube aber zugleich, dass er sich ohne politische Einhegung und ohne Regeln selbst zerstört. Dieser Gedanke war ja auch schon die Grundlage der Überlegungen des Ordoliberalismus und zur Einführung der sozialen Marktwirtschaft.

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Fallensteller am Werk

Klaus Harpprecht

(*1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt.

Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit letztem Jahr Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. In Kürze erscheint seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.



Natürlich atmeten wir allesamt auf, wenn Roland Koch in den Orkus befördert würde (falls es den in christdemokratisch-weihrauch-durchwallter Variante gibt). Für seine verluderten Wahlkampf-Tricks – wenn er auf den Ressentiments der national allzu anfälligen Landsleute Klavier spielt – hätte er gewiss einen langen Aufenthalt in der Vorhölle der Opposition verdient. Aber lohnt es, sich für seine Abstrafung auf ein »Himmelfahrtskommando« einzulassen (um eine Formel des gewitzten Chefs der *Grünen*, Tarek Al-Wazir, zu zitieren)? Der zweite Anlauf der Genossin Ypsilanti, den Demagogen mit dem Kindertrotzkopf aus dem Amt zu scheuchen, scheint von eini-

gen Barrieren verstellt zu sein. Vielleicht nehmen einige der Delegierten auf dem geplanten Landesparteitag, vielleicht auch manche der Abgeordneten, die Bedenken des Bundesvorstandes am Ende ernst genug, um Frau Ypsilanti auszubremsen? Die hessische *Linke* fordert, keck geworden, Einblick in den künftigen Haushalt, ehe sie zum Treueschwur für die Kandidatin und zur Duldung einer rot-grünen Regierung bereit ist. Die *Grünen* wiederum verlangen von den Dunkelroten, sie sollten sich »endlich ihrer Verantwortung bewusst« werden und ein »Mindestmaß an Verlässlichkeit« beweisen: Keinesfalls dürften sie eine »neue Regierung ohne Haushalt und ohne Mehrheit für wesentliche Gesetze« im Regen stehen lassen.

Vielleicht sollte Andrea Ypsilanti in Erwägung ziehen, dass bei ihrer zweiten Bewerbung um das Amt der Ministerpräsidentin eine Größe X ins Spiel gebracht werden könnte, die ihr einen Pyrrhus-Sieg bescheren würde, doch in Wahrheit die Overtüre eines sozialdemokratischen De-